



**Tom Koenigs**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

**Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227 73335  
Fax: 030-227 76147  
Mail: [tom.koenigs@bundestag.de](mailto:tom.koenigs@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**

Liebigstraße 83  
35392 Gießen  
Tel.: 0641-6868 1177  
Fax: 0641-6868 1179  
Mail: [tom.koenigs@wk.bundestag.de](mailto:tom.koenigs@wk.bundestag.de)

Berlin, 23.08.2012

***Besuch in den Palästinensischen Gebieten  
9.-12. Juli 2012***

**Tom Koenigs besuchte vom 9.-12. Juli 2012 die Palästinensischen Gebiete. Er führte Gespräche und traf MenschenrechtsaktivistInnen und NGO-VertreterInnen in Ramallah, Hebron, Jerusalem, Gaza, Qalqilya und Jayyous.**

**Innenpolitische Situation in den palästinensischen Gebieten**

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat im Juli keine Gehälter gezahlt, und aufgrund der wirtschaftlichen Situation kann sich nach Einschätzung unserer palästinensischen GesprächspartnerInnen die Lage zuspitzen, denn gerade im Ramadan sei dies ein großes Problem. Die finanzielle Lage der PA ist insgesamt prekär, sie gibt u.a. zu viel Geld aus für Gehaltszahlungen von zT untätigen Beamten, wie in Gaza, wo Beamte der PA nicht arbeiten könnten, aber dennoch ihr Gehalt bekommen.

Es ist kein Versöhnungsprozess zwischen Fatah und Hamas in Sicht. Die Hamas ist wiederum selbst sehr zerstritten. Hamas hat in Gaza zwar die Kontrolle, würde dort aber nach Meinung des Vertretungsbüros bei einer freien Wahl nicht mehr gewinnen.

VertreterInnen der palästinensischen Menschenrechts-NGOs erklären, dass die PA die Menschenrechte insbesondere in den Bereichen Meinungs- und Pressefreiheit einschränke. Abbas habe Angst vor einer Bewegung wie dem arabischen Frühling, die





ihn hinweg fegen könnte. Junge AktivistInnen und ihre Aktionen in sozialen Netzwerken und Blogs seien deshalb unter Beobachtung und zT auch Druck ausgesetzt.

Über die Menschenrechtsverletzungen durch die PA und die Hamas sprechen wir auch mit Randa Siniora, der Direktorin der *Independent Commission for Human Rights*. Die *Independent Commission for Human Rights* ist ein Menschenrechtsinstitut, das nach den von den *Vereinten Nationen* im Jahre 1993 entwickelten internationalen Standards, den sogenannten Pariser Prinzipien, anerkannt ist. Ihr Mandat umfasst die Beobachtung der Menschenrechtssituation und mögliche Menschenrechtsverletzungen durch die PA in der Westbank und die Hamas in Gaza. Die *Commission* gibt dazu einen jährlichen Bericht heraus. Um alle Pariser Kriterien zu erfüllen, benötigt die *Commission*, die durch einen Erlass von Arafat eingerichtet wurde, eine neue gesetzliche Grundlage. Diese kann und soll erst nach einem Versöhnungsprozess zwischen Fatah und Hamas verabschiedet werden. Bis dahin hofft die *Commission* auf einen Aufschub von Seiten der internationalen Koordinierung für die Erfüllung aller Kriterien. In der *Commission* arbeiten 60 MitarbeiterInnen, davon 17 in Gaza. Sie beobachten, dokumentieren, bieten Fortbildungen und Trainings zu Menschenrechtsthemen an und bringen sich mit Vorschlägen in den Gesetzgebungsprozess ein. 5% des Budgets der *Commission* werden von der PA finanziert, der Rest kommt von insgesamt fünf EU-Mitgliedsstaaten. Ziel ist es langfristig, den gesamten Haushalt durch die PA zu finanzieren. Aktuell beschäftigt sich die *Commission* mit der unangemessenen und gewaltsamen Reaktion der PA auf verschiedene Demonstrationen in der Westbank, ihr Vorsitzender Ahmad Harb ist Mitglied einer von der PA eingesetzten Untersuchungskommission.

### **Israelische Besatzung**

All unsere palästinensischen GesprächspartnerInnen sind sich einig in der Beurteilung, dass mit der derzeitigen israelischen Regierung keine menschenrechtlichen oder sonstigen politischen Fortschritte zu erwarten seien. Im Gegenteil gäbe es eine Eskalation der Maßnahmen gegen die PalästinenserInnen wie zB in Ost-Jerusalem. Die Übergangsperiode nach Oslo sei zum Dauerzustand geworden dauere schon viel zu lange. Die durch Oslo geschaffene Einteilung der palästinensischen Gebiete in A, B und C führe zu einer Fragmentierung und schließlich zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Die Lage besonders in den C-Gebieten sei schlecht, es würden zB praktisch keine Baugenehmigungen mehr erteilt. Ganz unten stünden die Beduinen, ihre Lage sei äußerst prekär. Palästinensische Produkte z.B. aus dem Jordantal können aufgrund der Bewegungseinschränkung nicht in die EU exportiert werden, während die benachbarten Siedlungen uneingeschränkt bauen, produzieren und exportieren können und sogar bevorzugte Behandlung beim Export in die EU bekommen.



Die israelische Militärgerichtsbarkeit in den C-Gebieten sei ein massives menschenrechtliches Problem. Für Menschenrechts-NGOs sei selbst der Israelische *Supreme Court* keine Instanz mehr, an die man sich wenden könne, da er mit seinen Urteilen offensichtlich internationales Recht verletze. Palästinensische NGOs würden nun von Klagen vor dem Obersten Gericht absehen, da dies als Legitimierung des Gerichts interpretiert werden könne. Das Gericht habe aber seine Legitimation und jegliches Vertrauen auf Seiten der Palästinenser verloren. NGOs wie Al Haq suchen jetzt andere Wege um auf internationaler Ebene rechtliche Mittel einzusetzen, zB durch strafrechtliche Verfahren gegen internationale Firmen, die sich am Mauerbau o.ä. beteiligen.

Junge Menschen in der Westbank oder in Gaza hätten kaum Chancen, Arbeitslosigkeit und allgemeine Hoffnungslosigkeit mache sich überall bemerkbar. Man warte einerseits auf den Funken, der die Lage zum Explodieren bringen könnte, und glaube gleichzeitig nicht daran, dass bald irgendetwas geschehe.

Die Bewegungsfreiheit der PalästinenserInnen ist extrem eingeschränkt durch Checkpoints, Sicherheitssperren, und Kontrollsysteme wie das israelische *Permit-Regime*. Dadurch komme es vor, dass man seine Familie Monate- und jahrelang nicht besuchen könne, wenn sie z.B. in Jerusalem oder Gaza leben. Die Checkpoints seien demütigend und Kraft raubend. Es gäbe keine Normalität, keine Ruhe und Berechenbarkeit im Alltag. Dramatisch sei die Lage in Jerusalem, wo arabischen Bewohnern de facto systematisch das Bleibe- und Rückkehrrecht entzogen wird. Gaza sei so abgeriegelt, dass es einem großen Gefängnis gleiche.

### **Siedlungen**

Auf unserer Fahrt durch die Westbank können wir mit Hilfe von Karten von UN-OCHA und Erklärungen von George Rishmawi vom Siraj Center die Infrastruktur und Besiedelung des Landes erkennen. Die arabischen Dörfer liegen traditionell in Tälern oder an den Berghängen. Aufgrund der knapp zugeteilten Wassermengen betreiben sie neben Olivenbaumplantagen kaum Landwirtschaft. Die Zufahrten zu den großen Verbindungstraßen sind oft blockiert, so dass sie auf Nebenwege und damit verbundene, langwierige Umgehungen ausweichen müssen. Die großen Verbindungsstraßen sind primär für die israelischen Siedler gemacht. Deren Siedlungen liegen überwiegend auf den Hügel- und Bergspitzen – Wasser bekommen sie von der israelischen Regierung ohne Einschränkung und können daher auch großflächig Landwirtschaft betreiben. Viele der Siedlungen sind als von der israelischen Regierung nicht genehmigte Camps aus ein paar Wohnwagen oder Containern entstanden. Später wurden sie vom israelischen Militär geschützt, und nach einer Zeit entstanden die ersten festen Häuser. Fast alle Siedlungen wachsen stetig an. Es kommt nach wie vor zu Auseinandersetzungen und massiven Aggressionen durch die Siedler gegen die Bewohner der arabischen Dörfer. Wir erfahren, dass einige jüdische Siedlungen in der Vergangenheit selbstgebaute Raketen



auf arabische Dörfer geschossen hätten, neben Brandanschlägen auf Moscheen oder Olivenhaine. Selbst tief im Herzen der Westbank sind die Siedlungen überall nah und sichtbar.

Die VertreterInnen der palästinensischen Menschenrechts-NGOs beurteilen das Wachstum der israelischen Siedlungen in der Westbank als Gift für eine Zweistaatenlösung, die kaum noch möglich wäre. Die Siedlungen würden in großer Geschwindigkeit immer weiter gebaut. Israel habe sich selbst von Urteilen internationaler Gerichte nicht davon abhalten lassen, die Siedlungspolitik und den Bau der Mauer weiter voran zu treiben. Solange Israel international nicht sanktioniert werde für völkerrechtswidriges Verhalten bestehe keine Aussicht auf Änderung dieser Situation. Beschwerden oder Klagen gegen Siedler seien aussichtslos, schon bei den Ermittlungen gehe es nicht fair zu. Die Menschen würden systematisch abgeschreckt, gegen Siedler gerichtlich vorzugehen, es komme zu Einschüchterungen und Gegenmaßnahmen im Falle von Beschwerden. Fast alle Übergriffe von Siedlern blieben straffrei.

In Hebron erhalten wir eine Präsentation der Lage in der Altstadt, die israelischen Siedlungen und der damit verbundenen Probleme für die palästinensischen BewohnerInnen. Hebron ist mit ca. 250.000 Einwohnern die größte Stadt der Westbank. Im Hebron-Abkommen von 1998 einigten sich Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde auf eine verwaltungstechnische Teilung der Stadt in die *Zone H1* (palästinensisch kontrolliert) und die *Zone H2* (israelisch kontrolliert). Zugleich wurde eine internationale Beobachtungsmission TIPH eingesetzt, deren Ansehen aber stark gesunken ist, da es seit 1998 zu einer enormen Verschlechterung der Gesamtlage kam. Muslimen wie Juden gleichermaßen heilig ist die Ma'arat Hamachpela in der Altstadt, das Grab des Stammvaters Abraham/Ibrahim, in dem der Überlieferung nach auch Isaak, Sarah, Jakob und Esau begraben liegen. Die Ibrahim-Moschee wurde im Februar 1994 Schauplatz eines der blutigsten Attentate durch den orthodoxen Siedler Baruch Goldstein, der mehrere Gewehrsalven auf eine Gruppe betender Männer abschoss und 29 Menschen tötete. Er wird von den Siedlern als Märtyrer verehrt.

Im Herzen der Altstadt gibt es fünf israelische Siedlungen. Dort leben ca. 600 Siedler. Sie werden massiv geschützt durch israelisches Militär. Für die palästinensischen Bewohner sind wegen der Siedlungen weite Teile der Altstadt gesperrt, einschließlich der Haupthandelsstraße. Ihre Läden sind verbarrikadiert, sie kommen zT nur über Fenster und Dächer in ihre Häuser, wenn deren Vorderseiten auf die gesperrten Straßen gehen. Das Hebron Rehabilitation Committee berichtet von Angriffen der Siedler auf die arabischen Nachbarn, deren Fenster oft mit Draht vor Steinen und Müll geschützt sind, die Siedler auf sie werfen. Aufgrund der Sperrungen und der erzwungenen Schließung vieler Läden in der Altstadt ist die Arbeitslosigkeit der Palästinenser dort mit 50 % sehr hoch.



Im Ost-Jerusalem Stadtteil Silwan widmet sich das Wadi Hilweh Information Center der politischen Information über die Lage in Silwan und führt Touren durch den Stadtteil. Silwan ist durch das Projekt der „Davidsstadt“ bedroht. Dieses von der Siedlerorganisation Elad begonnene Projekt wird heute als Touristenattraktion beworben, ist stark ideologisch besetzt und fungiert als Instrument israelischer Ansprüche auf Ost-Jerusalem. Archäologische Ausgrabungen und die Schaffung israelischer Touristenanlagen gehen Hand in Hand mit der Enteignung palästinensischer Grundeigentümer und Hausbesetzer. Das von Siedlern begonnene Projekt wird mittlerweile massiv vom israelischen Staat unterstützt. Einige kritische israelische Archäologen versuchen die Palästinenser bei der schwierigen Aufklärungsarbeit zu unterstützen. Überall kommt es zu kurzfristigen Abrissverfügungen gegen palästinensische Hausbewohner. Baugenehmigungen werden nur Siedlern erteilt. Nicht nur werden palästinensische Häuser zerstört, die früheren Eigentümer müssen sogar für die Abrisskosten aufkommen. AktivistInnen stehen unter massivem Druck, es kommt vielfach zu Verhaftungen, auch von Kindern. Psychosoziale und juristische Einheiten im Zentrum versuchen diesen Problemen zu begegnen. Die Frage des Aufenthaltsstatus spielt in Ost-Jerusalem eine große Bedeutung. Wer sich mehr als 7 Jahre außerhalb der Stadt aufhält oder zB für ein Studium vorübergehend im Ausland lebt, dem droht der Verlust seiner *residency*, der Abriss seines Hauses und die Konfiszierung des Grundstücks.

### **Rechte der Frauen und Kinder**

Die NGOs, die zum Thema Frauen- und Kinderrechte arbeiten, erläutern, dass die Lage der Frauen durch die Besatzung noch weiter verschlechtert werde. Die Rechte von Kindern würden massiv verletzt. Es gäbe viele Kinder in israelischen Gefängnissen, fast alle seien wegen des Vorwurfes des Steine-Werfens eingesperrt. Auch sie kämen vor Militärgerichte und würden dort in nicht-rechtsstaatlichen Verfahren verurteilt. Kinder würden systematisch zu Spitzeln gegen ihre eigenen Eltern heran gezogen, vor allem in Ost-Jerusalem.

Zeinab El Ghunaimi leitet das Center for Women's Legal Research & Consulting in Gaza. Diese NGO setzt sich besonders für die Opfer häuslicher Gewalt ein und hilft Frauen, die sich scheiden lassen wollen. Immer mehr Frauen in Gaza ließen sich scheiden, oft gegen enormen Druck ihrer Ehemänner und der Familien. Das Center hat auch ein Frauenhaus aufgebaut, das aber auf Druck der Hamas wieder geschlossen werden musste. Das neue, nun von der Hamas betriebene Frauenhaus, liege auf einem Gefängnis-Gelände und sei auch Gefängnis-gleich organisiert.

### **Gaza**

Um nach Gaza zu gelangen, müssen wir (zonengrenzartige) Kontrollen durchlaufen. Am israelischen Grenzposten Erez ist ein gigantisches Gebäude zur Abwicklung



Hunderter Grenzgänger errichtet, das aufgrund der Blockade des Gaza-Streifens aber nun völlig leer ist und fast gespenstisch wirkt. Hinter dem Grenzposten liegt ein breiter Todesstreifen, am Horizont erkennt man schon die dichte Bebauung Gazas. Hier kommt es immer wieder zu dramatischen Zwischenfällen, wenn Zivilisten, darunter auch Kinder und Jugendliche aus Gaza Schrott und Baureste im Todesstreifen sammeln oder in dem fruchtbaren Land mit ihren Herden weiden und von israelischen Soldaten beschossen werden. Es kam mehrfach zu Todesfällen. In unserer Gegenwart beschwert sich ein Schäfer, dass sechs seiner Schafe erschossen worden seien. Der Beamte der PA nimmt es zur Kenntnis.

Wir passieren den Grenzposten der PA, der einzige Posten in Gaza, den sie noch kontrolliert, und werden dahinter von VertreterInnen von UNRWA empfangen. Unser erster Termin ist in einer der vielen Schulen, die UNRWA gebaut hat und betreibt. Es sind Sommerferien, lediglich einige Klassen für Kinder, die in bestimmten Fächern durchgefallen sind, finden auf dem Gelände statt. In den vergangenen Jahren konnte die UNRWA auch Sommerspiele anbieten, die sehr beliebt waren, in diesem Jahr fehlt dazu das Geld. Es gibt in Gaza mehr als 200 Schulen, die UNRWA für Flüchtlingskinder betreibt, und ca. noch einmal so viele, die von der Hamas betrieben werden. Die meisten der Schulen sind so überfüllt, dass sie in Doppelschichten arbeiten. Erziehung, sowohl für Jungen als auch für Mädchen, ist in Gaza sehr hoch angesehen und angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage oft der einzige Hoffnungsschimmer für eine bessere Zukunft. UNRWA bemüht sich intensiv um eine Verbesserung der Curricula und hat auch Qualitätsstandards eingeführt. Es gibt mittlerweile ein eigenes Fach zur Menschenrechtsbildung, das zu Diskussionen in den Schulzimmern und zuhause in den Familien führt. Auch die Hamas akzeptiert nach heftigen Disputen dieses Unterrichtsfach.

Wir besuchen eine Familie, die im Flüchtlingscamp „Beach Camp“ lebt. Drei Generationen teilen sich 2 kleine, dunkle und stickige Zimmer. Die Familie beschreibt ihre Armut und ihre schlechte gesundheitliche Situation. Sie erhalten Lebensmittel von UNRWA und finanzielle Unterstützung. 57% aller Flüchtlinge in Gaza leben mittlerweile außerhalb der Flüchtlingscamps. Wir besichtigen ein Gesundheitszentrum der UNRWA. Hier wird eine Grundversorgung, gesundheitliche Aufklärung und Familienplanung angeboten.

Im anschließenden Gespräch mit Scott Anderson, dem Deputy Director von UNRWA, bedankt sich dieser für die finanzielle Unterstützung Deutschlands. Das Geld sei extrem wichtig, um die Arbeit weiter zu führen, und angesichts der politisch aussichtslosen Lage werde sich daran auch in den nächsten 4-5 Jahren wenig ändern. Es gäbe keine Möglichkeit, Gaza wirtschaftlich auf die Beine zu bringen solange die Blockade anhalte. Die Grenze nach Ägypten sei zwar begrenzt offen, aber die meisten Produkte kämen durch die Tunnel und würden dort von der Hamas heftig „besteuert“. Exporte seien nicht möglich. UNRWA habe ein Interesse daran, seine Angebote an die Bevölkerung auszuweiten, aber dies sei aufgrund der Unterfinanzierung nicht möglich.



Was insbesondere fehle sei eine Berufsausbildung für handwerkliche Berufe. Zum Glück gebe es dafür noch andere Geldgeber.

Wir sprechen auch mit drei jungen MenschenrechtsaktivistInnen. Sie sind eloquent und engagiert, alle drei hervorragend ausgebildet und versuchen unter den schwierigen Bedingungen mit vielfältigen Aktivitäten das Leben in Gaza besser zu gestalten. Dabei werden sie überall eingeschränkt, behindert und unter Druck gesetzt. Allein die Tatsache, dass die jungen Frauen kein Kopftuch tragen, werde in ihrer Umgebung negativ aufgenommen. Ihre Familien seien zT von der Hamas einbestellt und befragt worden. Sie hätten große Probleme, Gaza zu verlassen, und dann Angst davor, nicht wieder einreisen zu dürfen. Immer öfter komme es von Seiten der Hamas zu Gewalt gegenüber AktivistInnen. Ihre Verbindungen zu AktivistInnen in der Westbank werde kritisch beäugt, so dass sie sich zT zurück halten würden, offen zusammen zu arbeiten. Immerhin bestünde eine gute Kontaktmöglichkeit über das Internet und soziale Netzwerke, auch wenn diese immer stärker von der Hamas kontrolliert würden. Die mangelnde Bewegungsfreiheit mache eine gemeinsame Arbeit extrem schwierig. Obwohl die gegenwärtige Hamas-Politik in Gaza ihre Lebenssituation erschwert, heben die AktivistInnen hervor dass nur eine Lockerung und Aufhebung der Blockade eine Veränderung der Zustände erlauben würde. Die Blockade, einst gegen Hamas gerichtet, treffe heute genau sie – die jungen, säkularen BewohnerInnen Gazas. Gaza werde von der Welt vergessen.

### **Gefangene**

Adameer (Arabisch für Gewissen) ist eine palästinensische NGO, die sich um die Unterstützung von Gefangenen kümmert, die in israelischen und palästinensischen Gefängnissen einsitzen. Adameer hilft den Gefangenen mit kostenloser Rechtsberatung sowie mit nationaler und internationaler Kampagnenarbeit. Die NGO kämpft gegen Folter und andere Verletzung der Rechte von Gefangenen und arbeitet u.a. eng mit Amnesty International und Human Rights Watch zusammen.

Aktuell ist ein großes Thema die Frage der Einhaltung von Versprechen, die Israel zur Beendigung eines Hungerstreiks von 1.600 palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen gemacht hat. Zusagen waren die Aufhebung der Einzelhaft der Gefangenen, die Zulassung von Familienbesuchen aus Gaza und der West Bank sowie eine Prüfung der Haftbedingungen durch ein Komitee. Adameer berichtet, dass bisher längst nicht alle Zusagen eingelöst wurden.

Momentan gibt es etwa 300 Gefangene in Administrativhaft, darunter 10 palästinensische Parlamentarier. Das Rote Kreuz hat inzwischen zu allen israelischen Gefängnissen Zugang, Adameer immerhin zu vielen von ihnen. Die gesundheitliche Lage der Gefangenen in den israelischen Haftanstalten beschreibt Adameer als generell schlecht für alle Häftlinge. Es gibt zu wenig Licht und Luft, keine ausreichende



medizinische Versorgung, Übergriffe und Folter. Dazu kommt der oft verwehrte Zugang von Familienangehörigen.

Trotz des Aufsehen erregenden Hungerstreiks und der Betroffenheit vieler palästinensischer Familien beurteilt Adameer die Unterstützung für ihre Arbeit und die Rechte der Gefangenen als zurück gehend. Es herrsche eine generelle Müdigkeit, was die Kampagnentätigkeit von Adameer erschwere.

Gefangene in Haftanstalten der PA werden nicht statistisch erfasst, und Adameer hat kaum Zugang zu diesen Gefängnissen. Die Situation der Gefangenen hat sich nach Einschätzung der NGO seit 2010 leicht verbessert, dennoch sei die generelle Lage in den Anstalten sehr schlecht. Die wenigen politische Gefangene (i.d.R. Hamas) werden isoliert und können ausschließlich vom IKRK besucht werden.

### **Palästinensische Jugendbewegung**

Wir treffen uns auch in Ramallah mit jungen AktivistInnen. Sie berichten von den jüngsten Demonstrationen in Ramallah. Mehr als tausend Menschen hatten gegen ein Treffen von Abbas mit Shaul Mofaz demonstriert. Die PA antwortete auf die Proteste mit großer Härte, es kam zu brutalen Übergriffen der Polizei und einigen Festnahmen, viele Demonstrierende wurden verletzt. Erst bei der dritten Demonstration startete die PA eine Deeskalationstrategie, und alles blieb friedlich. Die AktivistInnen bedauern, wie schlecht und wie selten über die Lage in den Palästinensischen Gebieten international berichtet werde. Spannend sei für die Medien offenbar nur, wenn es zu Gewaltausbrüchen käme. Friedliche Demonstrationen und die Darstellung der Anliegen der Menschen würden kaum mehr gebracht.

Die AktivistInnen berichten, dass in jüngster Zeit vermehrt Vorwürfe von Seiten der PA erhoben werden, Demonstrierende und AktivistInnen würden eine „foreign agenda“ vertreten.

Viele Palästinenser seien gegen eine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Israel und der PA, weil sie sie als aussichtslos und als reine Augenwischerei einschätzen. Trotz der enormen Unzufriedenheit mit der PA sei es aber schwierig, eine größere Protestbewegung aufzubauen – das liege einerseits an der Abhängigkeit vieler von der PA als Arbeitsgeber, andererseits an der generellen Konzentration auf das Privatleben, die Vermögenswahrung, die Abzahlung von Krediten etc. Die Menschen seien es müde, zu protestieren. Sie hätten das Scheitern der 2. Intifada erlebt und reagierten jetzt mit einem Rückzug ins Private. Gewalt lehnten die meisten Palästinenser ab. Eine Massenbewegung würde, wenn überhaupt, nur durch wirtschaftliche Not ausgelöst werden. Eine dritte Intifada wolle niemand.

Die AktivistInnen formulieren ihre Ziele als Freiheit, Gerechtigkeit und Würde für alle PalästinenserInnen. Um diese Ziele zu erreichen sei eine ganz neue





„Befreiungsbewegung“ notwendig. Der Weg dahin gestalte sich aber als äußerst schwierig angesichts der Desillusion und Müdigkeit der Menschen.

### Mauer

Im Gebiet um die Stadt Qalqilya ist sehr gut sichtbar, wie der bereits vollendete und der noch weiter geplante Bau der Grenzmauer bzw. der Grenzzauns weit abweicht von der Grünen Linie. Qalqilya selbst ist bis auf eine Ausfahrt mit Checkpoint vollständig von der meterhohen Mauer umschlossen. Der Bürgermeister der Stadt schildert die damit verbundenen Probleme: die dichte Besiedelung und steigende Wohnungsnot, der stark eingeschränkte Zugang zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen jenseits der Mauer, die hohe Arbeitslosigkeit, die eingeschränkte medizinische Versorgung. Er schildert nächtliche Razzien, die insbesondere die Kinder in der Stadt traumatisierten, und die Demütigungen an den Grenzübergängen zum Agrarland.

Wir besichtigen neben der Mauer und einem Grenzübergang für Fußgänger auch den Zoo von Qalqilya, dem einzigen in der ganzen Westbank. Es ist ein positiver Ort nach all dem sichtbaren Elend, mit viel Platz für Kinder und Jugendliche, mit Spielplätzen, Picknicktischen und Scharen von Schulklassen, die mit Begeisterung die Tiergehege besichtigen. Dem Löwen ist heiß.

Der Bürgermeister des Dorfes Jayyous in der Nähe von Qalqilya zeigt vom Dach des Gemeindehauses den gut erkennbaren Verlauf des Grenzzauns. Jayyous ist durch den Zaun von dem wesentlichen Teil seines Landes abgeschnitten, insbesondere die weitläufigen Olivenbaumfelder liegen jenseits des Zauns. Die DorfbewohnerInnen benötigen für den Zugang ihres Landes eine Sondergenehmigung der israelischen Behörden. Nicht alle Landbesitzer erhalten diese Genehmigung. Diejenigen, die sie bekommen, können nur zu bestimmten Tageszeiten den Checkpoint passieren. Es sind nur eine eng begrenzte Anzahl von Durchgängen mit Fahrzeugen pro Tag gestattet. Die Mitnahme von Dünger, Pestiziden o.ä. bedarf einer Sondergenehmigung. Weite Teile des Landes können aufgrund der Restriktionen nicht mehr bewirtschaftet werden. Die Arbeitslosenquote in Jayyous beträgt 40 %.

Die GIZ fördert ein Projekt von Jugendlichen aus Jayyous, die ein mittlerweile sehr großes Netzwerk junger Menschen aufgebaut haben. Im Rahmen von Treffen und über soziale Netze tauschen sich die Jugendliche zu aktuellen Themen aus, arbeiten mit der Verwaltung des Dorfes zusammen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Ort, planen gemeinsame Veranstaltungen, klären über ihre Rechte auf und planen gemeinsame Kampagnen. Inzwischen unterstützt auch die PA dieses Projekt, die Ausdehnung auf andere Städte in der Westbank ist geplant. Als ein wesentlicher Erfolg des Projektes sehen sowohl der Bürgermeister als auch die Jugendlichen die viel bessere Zusammenarbeit untereinander an.



Im Gespräch mit den Jugendlichen sind diese hoch motiviert, was ihre berufliche und private Zukunft betrifft. Die meisten von ihnen haben Universitätsabschlüsse oder studieren noch. Etliche haben bereits für mehr als ein Jahr in israelischer Haft gesessen. Trotz ihrer Hoffnung und ihres Engagements erklären sie die israelische Besatzung als größtes Hindernis für ihre Entwicklung. Sie wünschen sich Unabhängigkeit, bessere Lebensbedingungen, Reise- und Bewegungsfreiheit und bessere Arbeitsmöglichkeiten.

### **Erwartungen an Deutschland**

Unsere GesprächspartnerInnen sind sich darin einig, dass Deutschland sich stärker für den Menschenrechtsschutz der PalästinenserInnen einsetzen müsse. Hilfgelder seien bei fehlender Staatlichkeit wenig nachhaltig seien.

Deutschland solle Produkte aus israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland boykottieren, dies könne auch unilateral beschlossen werden.

Das Kontaktverbot mit der Hamas sei absurd und erschwere die Arbeit in Gaza erheblich. Das sagt auch UNRWA. Deutschland solle sich dafür einsetzen, dass dieses Verbot aufgehoben werde. Gaza selbst sei offenbar von der Internationalen Gemeinschaft vergessen, Deutschland solle es wieder stärker auf die Agenda setzen.

Die Anerkennung Palästinas in der UN und ihren Organisationen müsse voran getrieben werden, auch wenn der bisher schon gezahlte Preis dafür hoch sei. Unsere palästinensischen Gesprächspartner hoffen dabei auf mehr Unterstützung von Deutschland.

### **Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner**

#### **Ramallah**

Maha Abu-Dayyeh, Women's Center for Legal Aid and Counselling

Issam Aruri, Jerusalem Legal and Human Rights Center

Eike Büllesbach, Vertretungsbüro Ramallah

Grazia Careccia, Al-Haq

Sahar Francis, Adameer

Christian Jetzelsperger, Vertretungsbüro Ramallah

Abir Kopty, Menschenrechtsaktivistin

Johannes Matz, Heinrich-Böll-Stiftung

Irene Nasser, Menschenrechtsaktivistin

Svenja Oberender, Heinrich-Böll-Stiftung

Fadi Qur'an, Menschenrechtsaktivist



Khaled Quzmar, Defence for Children International  
Ibrahim Shiqaqi, Menschenrechtsaktivist  
Randa Siniora, Independent Commission for Human Rights  
René Wildangel, Heinrich-Böll-Stiftung

### **Gaza**

Scott Anderson, UNRWA  
Zeinab El Ghunaimi, Center for Women's Legal Research & Consulting  
Suzanne Leuenberger, UNRWA  
Jaber Wishah, Palestinian Centre for Human Rights

### **Hebron**

Emad Hamdan, Hebron Rehabilitation Committee  
Ali Qawasmi, Hebron Rehabilitation Committee  
Zbyněk Wojkowski, Hebron Rehabilitation Committee

### **Jerusalem**

Jawad Siyam, Wadi Hilweh Information Center- Mada Cultural Centre

### **Qalqilya und Jayyous**

Volker Bode, GIZ  
Mai Daoud, GIZ  
George Rishmawi, Siraj Center  
Marouf Zahran, Bürgermeister Qalqilya  
Jugendliche aus Jayyous

### **Delegation**

Tom Koenigs wurde begleitet von Barbara Meincke (Fraktionsreferentin).